

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 29.04.2022

Gremium:

Sitzungsdatum:

Sitzungsart:

Ausschuss für Personal, Organisation und
Digitalisierung

28.04.2022

öffentlich

zu TOP 3.5.8

Entwicklung von zwei Modellstandorten "Kindercampus" und Entwicklung einer "Servicestelle Bildungspartnerschaften"

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 24046-22)

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung **lässt** die Vorlage **ohne Empfehlung** an die nachfolgend tagenden Fachausschüsse **durchlaufen**.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 05.05.2022

Gremium:

Schulausschuss

Sitzungsdatum:

04.05.2022

Sitzungsart:

öffentlich

zu TOP 2.3

Entwicklung von zwei Modellstandorten "Kindercampus" und Entwicklung einer "Servicestelle Bildungspartnerschaften"

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 24046-22)

Frau Gövert äußerte Zustimmung zur Vorlage und bat um Antwort auf folgende Fragen:

- welche Qualifikation erfordern die drei Planstellen?

- gebe es zusätzlich die Servicestelle oder werde diese durch die Planstellen abgedeckt?

Sie bat zudem um eine halbjährliche Berichterstattung im Ausschuss.

Herr Hagedorn führte aus, dass die Ausschreibung der drei Planstellen von deren Genehmigung abhängig sei. Es werde versucht, die Konzepte von bestehenden Förderkulissen wie z. B. Familien-Grundschul-Zentren einzubeziehen.

Im Rahmen des Corona-Exit-Programms sei mit externen Mitteln eine Stelle eingerichtet worden, die jetzt die Grundlage bilde für den Aufbau einer Servicestelle zwischen den drei beteiligten Ämtern.

Die Berichterstattung im Ausschuss werde regelmäßig erfolgen.

Frau Dr. Goll bat darum, die Vorlage zu schieben, wie es auch der APOD getan habe. Der APOD habe einige Vorlagen geschoben, in denen es um Stellen ging. Es habe einen Grundsatzbeschluss gegeben, Klärung über eine Struktur der unterjährigen Stellenvergabe herbeizuführen; dass Stellen nicht nur zum Haushalt, sondern ggfs. zu **einem anderen festen Zeitpunkt** ausgegeben werden. Sollte dem Antrag auf Schieben nicht entsprochen werden, werde ihre Fraktion gegen die Vorlage stimmen.

Frau Dressler-Döhmman sah die Vorlage kritisch. Es gebe bereits mehrere Projekte in der Schullandschaft in Dortmund. Die Ausstattung mit drei Personalstellen halte sie in diesem Fall für nicht notwendig. Sie äußerte Zustimmung zum Schieben der Vorlage.

Frau Joest schloss sich den Ausführungen von Frau Dressler-Döhmman an. Sie äußerte Kritik an der Darstellung der Vorlage, die sehr unübersichtlich sei. Außerdem würde sie sagen, dass bei den gewählten Standorten eigentlich Sozialarbeiter nötig seien, die jedoch nicht so hoch eingruppiert sind.

Herr Spieß fragte nach: Schieben in die Ratssitzung? Dann jedoch ohne Diskussion dort.

Herr Jansen würde sich dem ebenfalls anschließen. Nur würde sich in der kurzen Zeit bis zur Ratssitzung an der Vorlage nichts ändern.

Die Vorsitzende wies darauf hin, es gebe immer mal die Notwendigkeit von Stellenvergaben außerhalb der Haushaltsverhandlungen. Darauf müsse man sich einstellen.

Frau Schneckenburger hielt fest, dass der Ausschuss keinen konzeptionellen Gesprächsbedarf bzw. zur Ausrichtung der Vorlage habe. Es gebe eine kritische Sichtweise auf die

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Eingruppierung der vorgesehenen Stellen, den formulierten Umfang und das Verfahren der Vergabe. Diese Fragen sollen untereinander geklärt werden.

Die Vorsitzende ging auf den von Frau Dr. Goll angesprochenen Grundsatzbeschluss ein, sah aber die Notwendigkeit von Diskussionen über Stellenbesetzungen und/oder Neueinstellungen in den Fachausschüssen, wenn es um bestimmte Vorhaben wie in diesem Zusammenhang gehe.

Frau Dr. Goll stimmte den Ausführungen von Frau Schneckenburger zu. Sie halte es allerdings für zielführend, wenn der APOD eine Richtlinie zur Stellenvergabe vorgebe. Sie fragte nach, wie sie sich die Rhythmisierung (s. S. 5 der Vorlage) inhaltlich und organisatorisch vorzustellen habe.

Frau Schneckenburger erklärte, dass der Offene Ganztag in Dortmund Erlasslage des Landes NRW sei. Rhythmisierung bedeute in diesem Fall, dass Kinder Zeit haben zum Essen, Hausaufgaben erledigen, Sport, Musik o. ä.

Der Schulausschuss schiebt die Vorlage nach kurzer Diskussion ohne Empfehlung in den Rat.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 05.05.2022

Gremium:

Schulausschuss

Sitzungsdatum:

04.05.2022

Sitzungsart:

öffentlich

zu TOP 2.3

Entwicklung von zwei Modellstandorten "Kindercampus" und Entwicklung einer "Servicestelle Bildungspartnerschaften"

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 24046-22)

Frau Gövert äußerte Zustimmung zur Vorlage und bat um Antwort auf folgende Fragen:

- welche Qualifikation erfordern die drei Planstellen?

- gebe es zusätzlich die Servicestelle oder werde diese durch die Planstellen abgedeckt?

Sie bat zudem um eine halbjährliche Berichterstattung im Ausschuss.

Herr Hagedorn führte aus, dass die Ausschreibung der drei Planstellen von deren Genehmigung abhängig sei. Es werde versucht, die Konzepte von bestehenden Förderkulissen wie z. B. Familien-Grundschul-Zentren einzubeziehen.

Im Rahmen des Corona-Exit-Programms sei mit externen Mitteln eine Stelle eingerichtet worden, die jetzt die Grundlage bilde für den Aufbau einer Servicestelle zwischen den drei beteiligten Ämtern.

Die Berichterstattung im Ausschuss werde regelmäßig erfolgen.

Frau Dr. Goll bat darum, die Vorlage zu schieben, wie es auch der APOD getan habe. Der APOD habe einige Vorlagen geschoben, in denen es um Stellen ging. Es habe einen Grundsatzbeschluss gegeben, Klärung über eine Struktur der unterjährigen Stellenvergabe herbeizuführen; dass Stellen nicht nur zum Haushalt, sondern ggfs. zu **einem anderen festen Zeitpunkt** ausgegeben werden. Sollte dem Antrag auf Schieben nicht entsprochen werden, werde ihre Fraktion gegen die Vorlage stimmen.

Frau Dressler-Döhmman sah die Vorlage kritisch. Es gebe bereits mehrere Projekte in der Schullandschaft in Dortmund. Die Ausstattung mit drei Personalstellen halte sie in diesem Fall für nicht notwendig. Sie äußerte Zustimmung zum Schieben der Vorlage.

Frau Joest schloss sich den Ausführungen von Frau Dressler-Döhmman an. Sie äußerte Kritik an der Darstellung der Vorlage, die sehr unübersichtlich sei. Außerdem würde sie sagen, dass bei den gewählten Standorten eigentlich Sozialarbeiter nötig seien, die jedoch nicht so hoch eingruppiert sind.

Herr Spieß fragte nach: Schieben in die Ratssitzung? Dann jedoch ohne Diskussion dort.

Herr Jansen würde sich dem ebenfalls anschließen. Nur würde sich in der kurzen Zeit bis zur Ratssitzung an der Vorlage nichts ändern.

Die Vorsitzende wies darauf hin, es gebe immer mal die Notwendigkeit von Stellenvergaben außerhalb der Haushaltsverhandlungen. Darauf müsse man sich einstellen.

Frau Schneckenburger hielt fest, dass der Ausschuss keinen konzeptionellen Gesprächsbedarf bzw. zur Ausrichtung der Vorlage habe. Es gebe eine kritische Sichtweise auf die

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Eingruppierung der vorgesehenen Stellen, den formulierten Umfang und das Verfahren der Vergabe. Diese Fragen sollen untereinander geklärt werden.

Die Vorsitzende ging auf den von Frau Dr. Goll angesprochenen Grundsatzbeschluss ein, sah aber die Notwendigkeit von Diskussionen über Stellenbesetzungen und/oder Neueinstellungen in den Fachausschüssen, wenn es um bestimmte Vorhaben wie in diesem Zusammenhang gehe.

Frau Dr. Goll stimmte den Ausführungen von Frau Schneckenburger zu. Sie halte es allerdings für zielführend, wenn der APOD eine Richtlinie zur Stellenvergabe vorgebe. Sie fragte nach, wie sie sich die Rhythmisierung (s. S. 5 der Vorlage) inhaltlich und organisatorisch vorzustellen habe.

Frau Schneckenburger erklärte, dass der Offene Ganztag in Dortmund Erlasslage des Landes NRW sei. Rhythmisierung bedeute in diesem Fall, dass Kinder Zeit haben zum Essen, Hausaufgaben erledigen, Sport, Musik o. ä.

Der Schulausschuss schiebt die Vorlage nach kurzer Diskussion ohne Empfehlung in den Rat.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 09.05.2022

Gremium:

Betriebsausschuss FABIDO

Sitzungsdatum:

06.05.2022

Sitzungsart:

öffentlich

zu TOP 2.7

Entwicklung von zwei Modellstandorten "Kindercampus" und Entwicklung einer "Servicestelle Bildungspartnerschaften"

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 24046-22)

Der Betriebsausschuss FABIDO ließ die Vorlage ohne Empfehlung durchlaufen.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 12.05.2022

Gremium:

Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie

Sitzungsdatum:

11.05.2022

Sitzungsart:

öffentlich

zu TOP 3.4

Entwicklung von zwei Modellstandorten "Kindercampus" und Entwicklung einer "Servicestelle Bildungspartnerschaften"

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 24046-22)

Dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie liegt folgende Empfehlung des Schulausschusses aus der öffentlichen Sitzung vom 04.04.2022 vor:

..Frau Gövert äußerte Zustimmung zur Vorlage und bat um Antwort auf folgende Fragen:

- welche Qualifikation erfordern die drei Planstellen?

- gebe es zusätzlich die Servicestelle oder werde diese durch die Planstellen abgedeckt?

Sie bat zudem um eine halbjährliche Berichterstattung im Ausschuss.

Herr Hagedorn führte aus, dass die Ausschreibung der drei Planstellen von deren Genehmigung abhängig sei. Es werde versucht, die Konzepte von bestehenden Förderkulissen wie z. B. Familien-Grundschul-Zentren einzubeziehen.

Im Rahmen des Corona-Exit-Programms sei mit externen Mitteln eine Stelle eingerichtet worden, die jetzt die Grundlage bilde für den Aufbau einer Servicestelle zwischen den drei beteiligten Ämtern.

Die Berichterstattung im Ausschuss werde regelmäßig erfolgen.

*Frau Dr. Goll bat darum, die Vorlage zu schieben, wie es auch der APOD getan habe. Der APOD habe einige Vorlagen geschoben, in denen es um Stellen ging. Es habe einen Grundsatzbeschluss gegeben, Klärung über eine Struktur der unterjährigen Stellenvergabe herbeizuführen; dass Stellen nicht nur zum Haushalt, sondern ggfs. zu **einem anderen festen Zeitpunkt** ausgegeben werden. Sollte dem Antrag auf Schieben nicht entsprochen werden, werde ihre Fraktion gegen die Vorlage stimmen.*

Frau Dressler-Döhmman sah die Vorlage kritisch. Es gebe bereits mehrere Projekte in der Schullandschaft in Dortmund. Die Ausstattung mit drei Personalstellen halte sie in diesem Fall für nicht notwendig. Sie äußerte Zustimmung zum Schieben der Vorlage.

Frau Joest schloss sich den Ausführungen von Frau Dressler-Döhmman an. Sie äußerte Kritik an der Darstellung der Vorlage, die sehr unübersichtlich sei. Außerdem würde sie sagen, dass bei den gewählten Standorten eigentlich Sozialarbeiter nötig seien, die jedoch nicht so hoch eingruppiert sind.

Herr Spieß fragte nach: Schieben in die Ratssitzung? Dann jedoch ohne Diskussion dort.

Herr Jansen würde sich dem ebenfalls anschließen. Nur würde sich in der kurzen Zeit bis zur Ratssitzung an der Vorlage nichts ändern.

Die Vorsitzende wies darauf hin, es gebe immer mal die Notwendigkeit von Stellenvergaben außerhalb der Haushaltsverhandlungen. Darauf müsse man sich einstellen.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Frau Schneckenburger hielt fest, dass der Ausschuss keinen konzeptionellen Gesprächsbedarf bzw. zur Ausrichtung der Vorlage habe. Es gebe eine kritische Sichtweise auf die Eingruppierung der vorgesehenen Stellen, den formulierten Umfang und das Verfahren der Vergabe. Diese Fragen sollen untereinander geklärt werden.

Die Vorsitzende ging auf den von Frau Dr. Goll angesprochenen Grundsatzbeschluss ein, sah aber die Notwendigkeit von Diskussionen über Stellenbesetzungen und/oder Neueinstellungen in den Fachausschüssen, wenn es um bestimmte Vorhaben wie in diesem Zusammenhang gehe.

Frau Dr. Goll stimmte den Ausführungen von Frau Schneckenburger zu. Sie halte es allerdings für zielführend, wenn der APOD eine Richtlinie zur Stellenvergabe vorgebe. Sie fragte nach, wie sie sich die Rhythmisierung (s. S. 5 der Vorlage) inhaltlich und organisatorisch vorzustellen habe.

Frau Schneckenburger erklärte, dass der Offene Ganztag in Dortmund Erlasslage des Landes NRW sei. Rhythmisierung bedeute in diesem Fall, dass Kinder Zeit haben zum Essen, Hausaufgaben erledigen, Sport, Musik o. ä.

Der Schulausschuss schiebt die Vorlage nach kurzer Diskussion ohne Empfehlung in den Rat.

AKJF 11.05.2022

Herr Barrenbrügge (CDU) bat darum, die Vorlage in die nächste Sitzung des AKJF zu schieben, da seine Fraktion bei der Problematik der unterjährigen Vergabe von Stellen grundsätzlichen Klärungsbedarf habe.

Frau Gövert (Bündnis90/Die Grünen) zeigte sich besorgt, ob es wegen der Verschiebung dann für manche Bereiche zeitkritisch werden könnte. Und fragte nach den Auswirkungen.

Frau Dr. Tautorat (Linke+) zeigte sich enttäuscht, dass der Kommission nichts anderes einfällt, als zwei weitere Koordinierungsgremien zu vereinbaren. Es gebe bereits sehr viele Vernetzungsstellen in der Stadt. Man benötige „Ruderer“ und nicht noch mehr „Steuerleute/frauen in E14“.

Frau Schneckenburger erklärte, wenn die Vorlage erst im Juni abgestimmt würde und die Verwaltung anschließend in das öffentliche Ausschreibungsverfahren ginge, halte sie es mit Blick auf den Schuljahresbeginn 01.08.2022 für nicht realistisch, dass die Stellen bis dahin besetzt werden könnten. Auf die Frage von Frau Dr. Tautorat antwortete sie, dass es vorgesehen sei, dass die Campusmanager*innen vor Ort arbeiten und das Campusmodell dort verankern.

Frau Dr. Tautorat ist der Meinung, dass das abgeschaffte gut funktionierende Hortsystem, zugunsten der günstigeren OGS ohne Fachpersonal, zu Problemen geführt habe und man mit zahlreichen Projekten und Vernetzungen, wie auch dieses, versuche etwas zu reparieren.

Frau Beckmann (BPN) bat darum, die Vorlage auch dem BPN zur Kenntnis zu geben.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Herr Oppermann (Humanistischer Verband) befürchtet, dass das Projekt in der effektiven Arbeit nicht wirklich etwas bewirke, sondern eine Überstruktur geschaffen werde. Da sollte man überlegen, ob man das Projekt wirklich bis 2026 laufen lasse, oder einen vorzeitigen Abbruch in Erwägung ziehe.

Frau Schneckenburger wies darauf hin, dass es einen anderen begleitenden Prozess durch das Land NRW geben werde, da es einen Rechtsanspruch auf offenen Ganzttag gibt. Da würden dann auch qualitative Ausgestaltungen für den offenen Ganzttag gesetzt. Diese müssten vom Land NRW kommen. Auch die Eckpunkte wie z.B. der Fachkräfteschlüssel, das Qualitätsmonitoring und die Finanzierung des offenen Ganztages müsse das Land vorgeben. Die Kommune könne nur einen Beitrag dazu leisten, vor dem Hintergrund eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses, die Angebote des offenen Ganztages in Dortmund besser zu justieren. Das sei der Gedanke des Projektes.

Frau Gövert ist es wichtig, dass alle Kinder von den Angeboten partizipieren. Viele OGS seien gut vernetzt im Quartier, aber noch nicht alle.

Frau Schütte-Haermeyer (Diakonie) wies darauf hin, dass eine OGS-Koordinatorin nach ein paar Jahren als Erzieherin in SD 8 eingruppiert sei, diese übergebe dann ihre Netzwerke und Kontakte an die Campusmanager*in und diese übernehme dann die Tätigkeit für SD 18. An beiden Standorten treffe man auf eine gut ausgebaute Struktur, da beide Stadteile mit besonderem Erneuerungsbedarf waren und ein Quartiersmanagement hatte bzw. haben. Das zu übernehmen sei einfach und wenn es von jemandem mit SD 18 übernommen werde, mit einer Projektleitung in EG 14 sei das schwer nachzuvollziehen.

Die Vorsitzende fasste zusammen, dass es keine Widersprüche gebe, die Vorlage in die nächste Sitzung zu schieben und gehe davon aus, dass die Vorlage im Rat ebenfalls geschoben werde.

Der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie schiebt die Vorlage in die nächste Sitzung des AKJF am 22.06.2022

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 02.06.2022		
Gremium:	Sitzungsdatum:	Sitzungsart:
Schulausschuss	01.06.2022	öffentlich

zu TOP 2.6

Entwicklung von zwei Modellstandorten "Kindercampus" und Entwicklung einer "Servicestelle Bildungspartnerschaften"

(Vorlage lag bereits zur Sitzung am 04.05.2022 vor.)

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 24046-22)

Frau Dr. Goll erklärte, der AKJF habe die Vorlage vor der Ratssitzung geschoben, um die Frage der Stellenbewertung und Eingruppierung zu klären. Nun werde die Vorlage im AKJF und Schulausschuss wieder behandelt, nur der für die o. g. Fragestellung zuständige APOD sei nicht berücksichtigt. Sie bat darum, die Vorlage in die morgige Sitzung des APOD zur Klärung zu überweisen. Inhaltlich gehe ihre Fraktion mit der schulischen Sicht der Vorlage konform, sie werde sich jedoch bei der Abstimmung enthalten, weil die Frage der Stellendotierung nicht geklärt sei.

Herr Jansen stellte klar, dass die Vorlage heute empfohlen werden solle, um das Programm in Gang zu bringen. Die Frage der Stellenbewertung soll im zuständigen APOD geklärt werden.

Frau Dr. Tautorat wies darauf hin, dass die Frage der Dotierung von der Qualifikation abhängt. Es gab die Diskussion über Sozialarbeiter*innen oder wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, das hänge wiederum von der inhaltlichen Ausrichtung des Programms ab. Darüber müssten sich die Fachausschüsse einig sein.

Herr Schmidtke-Mönkediek befürwortete die Vorlage, seine Fraktion halte sie für inhaltlich sinnvoll und werde zustimmen. Die personellen Auswirkungen seien deutlich dargestellt.

Herr Spieß bat Herrn Hagedorn, kurz auf die Eingruppierungsfragen einzugehen. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen, dem APOD könne man die Vorlage zur Kenntnis geben. Die Behandlung im APOD sei der dortigen Vorsitzenden überlassen.

Herr Hagedorn führte aus, dass in der Vorlage Ausführungen zur Stellendotierung enthalten seien. Die Aufgaben seien sehr komplex und anspruchsvoll. Es brauche allerdings Zeit, bis sich das Projekt entwickeln kann.

Frau Dr. Tautorat äußerte den Wunsch, die Vorlage im Schulausschuss zu empfehlen und das Ergebnis dem Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung **für die morgige Sitzung zur Kenntnis zu geben.**

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Dortmund mehrheitlich mit 13 Ja (SPD, B'90/Die Grünen, FDP/Bürgerliste, DIE PARTEI), 1 Nein (AfD) und 7 Enthaltungen (CDU, DIE LINKE+), folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

- a) die Entwicklung von zwei Modellstandorten „Kindercampus“ sowie die Einrichtung der dazu erforderlichen und bis 08/2026 befristeten 3,0 (vzv.) Planstellen im Fachbereich Schule,
- b) den sukzessiven Aufbau einer „Servicestelle Bildungspartnerschaften“ im Fachbereich Schule zur Unterstützung der Qualitätsentwicklung und –sicherung in Dortmunder Bildungsinstitutionen,
- c) die dargestellten Beträge im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 ff. zu berücksichtigen.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 07.06.2022

Gremium:	Sitzungsdatum:	Sitzungsart:
Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung	02.06.2022	öffentlich

zu TOP 4.3.3

Entwicklung von zwei Modellstandorten "Kindercampus" und Entwicklung einer "Servicestelle Bildungspartnerschaften"

(Vorlage lag bereits zur Sitzung am 04.05.2022 vor.)

Überweisung: Schulausschuss aus der öffentlichen Sitzung vom 01.06.2022

(Drucksache Nr.: 24046-22)

Dem Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung liegt folgende Überweisung aus dem Schulausschuss aus seiner Sitzung vom 01.06.2022 vor:

zu TOP 2.6

Entwicklung von zwei Modellstandorten "Kindercampus" und Entwicklung einer "Servicestelle Bildungspartnerschaften"

(Vorlage lag bereits zur Sitzung am 04.05.2022 vor.)

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 24046-22)

Frau Dr. Goll erklärte, der AKJF habe die Vorlage vor der Ratssitzung geschoben, um die Frage der Stellenbewertung und Eingruppierung zu klären. Nun werde die Vorlage im AKJF und Schulausschuss wieder behandelt, nur der für die o. g. Fragestellung zuständige APOD sei nicht berücksichtigt. Sie bat darum, die Vorlage in die morgige Sitzung des APOD zur Klärung zu überweisen. Inhaltlich gehe ihre Fraktion mit der schulischen Sicht der Vorlage konform, sie werde sich jedoch bei der Abstimmung enthalten, weil die Frage der Stellendotierung nicht geklärt sei.

Herr Jansen stellte klar, dass die Vorlage heute empfohlen werden solle, um das Programm in Gang zu bringen. Die Frage der Stellenbewertung soll im zuständigen APOD geklärt werden.

*Frau Dr. Tautorat wies darauf hin, dass die Frage der Dotierung von der Qualifikation abhängt. Es gab die Diskussion über Sozialarbeiter*innen oder wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, das hänge wiederum von der inhaltlichen Ausrichtung des Programms ab. Darüber müssten sich die Fachausschüsse einigen.*

Herr Schmidtke-Mönkediek befürwortete die Vorlage, seine Fraktion halte sie für inhaltlich sinnvoll und werde zustimmen. Die personellen Auswirkungen seien deutlich dargestellt.

Herr Spieß bat Herrn Hagedorn, kurz auf die Eingruppierungsfragen einzugehen. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen, dem APOD könne man die Vorlage zur Kenntnis geben. Die Behandlung im APOD sei der dortigen Vorsitzenden überlassen.

Herr Hagedorn führte aus, dass in der Vorlage Ausführungen zur Stellendotierung enthalten seien. Die Aufgaben seien sehr komplex und anspruchsvoll. Es brauche allerdings Zeit, bis sich das Projekt entwickeln kann.

*Frau Dr. Tautorat äußerte den Wunsch, die Vorlage im Schulausschuss zu empfehlen und das Ergebnis dem Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung **für die morgige Sitzung zur Kenntnis zu geben.***

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Dortmund mehrheitlich mit 13 Ja (SPD, B'90/Die Grünen, FDP/Bürgerliste, DIE PARTEI), 1 Nein (AfD) und 7 Enthaltungen (CDU, DIE LINKE+), folgenden Beschluss zu fassen:

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt

- a) *die Entwicklung von zwei Modellstandorten „Kindercampus“ sowie die Einrichtung der dazu erforderlichen und bis 08/2026 befristeten 3,0 (vzv.) Planstellen im Fachbereich Schule,*
- b) *den sukzessiven Aufbau einer „Servicestelle Bildungspartnerschaften“ im Fachbereich Schule zur Unterstützung der Qualitätsentwicklung und –sicherung in Dortmunder Bildungsinstitutionen,*
- c) *die dargestellten Beträge im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 ff. zu berücksichtigen.*

Einleitend erläutert die Vorsitzende Frau Dr. Tautorat (Die Linke +), dass die Vorlage bereits im APOD auf der Tagesordnung war und ohne Empfehlung an den Fachausschuss durchgelaufen sei. Noch einmal bekräftigt sie ihre im Schulausschuss getätigten Ausführungen darüber, dass dieses Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen sei, da die Anforderungen an die Stelleninhaber*innen und damit die Bewertung der Stellen vom Fachausschuss als Gesamtkonzept empfohlen wurden.

Rm Vogeler (CDU) entgegnet, dies anders zu sehen. Frau Goll habe gestern darum gebeten im hierfür zuständigen Personalausschuss nachzufragen, wie es zu der Bewertung der Stellen gekommen sei. Er bitte daher um eine Rückmeldung darüber bis zum Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (AKJF), um im Rat am 23.06.2022 den Beschluss fassen zu können.

Die Vorsitzende bekräftigt, dass auch die Dotierung im Schulausschuss mitbegründet worden sei und mit den Inhalten zusammenhinge.

Herr Hagedorn (FB 40) erklärt, dass er dies gestern im Schulausschuss versucht habe darzustellen und erläutert noch einmal das dahinterstehende Konzept im Zusammenhang mit den dazu erforderlichen Planstellen.

Herr Vogeler macht deutlich, dass es seiner Fraktion nicht darum gehe warum die Stellen eingerichtet werden sollen, sondern wie es zu der Höhe der Dotierung komme und bittet daher noch einmal um eine schriftliche Stellungnahme zur kommenden Sitzung des AKJF.

Rm Giebel (SPD) gibt an, sowohl Herrn Vogeler, als auch der Vorsitzenden Frau Dr. Tautorat Recht geben zu können. Die Anforderungen würden vom Schulausschuss beschrieben und das münde in einer Tätigkeitsdarstellung, die bewertet und ausgeschrieben werde. Wenn der APOD zu einem anderen Entschluss bei der Höhe der Dotierung käme, könnten die Stellen nicht ausgeschrieben werden.

StR Uhr macht auf das Bewertungsrecht aufmerksam, dass jeder Stellenbewertung zugrunde liege. Man werde die Begründung, die zur Bewertung der Stellen geführt habe gerne noch einmal aufschreiben und zur Sitzung des AKJF zur Verfügung stellen.

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung **nimmt** die Angelegenheit **zur Kenntnis** und verfährt wie von Herrn StR Uhr vorgeschlagen.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 08.06.2022		
Gremium:	Sitzungsdatum:	Sitzungsart:
Schulausschuss	01.06.2022	öffentlich

zu TOP 2.6

Entwicklung von zwei Modellstandorten "Kindercampus" und Entwicklung einer "Servicestelle Bildungspartnerschaften"

(Vorlage lag bereits zur Sitzung am 04.05.2022 vor.)

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 24046-22)

Frau Dr. Goll erklärte, der AKJF habe die Vorlage vor der Ratssitzung geschoben, um die Frage der Stellenbewertung und Eingruppierung zu klären. Nun werde die Vorlage im AKJF und Schulausschuss wieder behandelt, nur der für die o. g. Fragestellung zuständige APOD sei nicht berücksichtigt. Sie bat darum, die Vorlage in die morgige Sitzung des APOD zur Klärung zu überweisen. Inhaltlich gehe ihre Fraktion mit der schulischen Sicht der Vorlage konform, sie werde sich jedoch bei der Abstimmung enthalten, weil die Frage der Stellendotierung nicht geklärt sei.

Herr Jansen stellte klar, dass die Vorlage heute empfohlen werden solle, um das Programm in Gang zu bringen. Die Frage der Stellenbewertung soll im zuständigen APOD geklärt werden.

Frau Dr. Tautorat wies darauf hin, dass die Frage der Dotierung von der Qualifikation abhängt. Es gab die Diskussion über Sozialarbeiter*innen oder wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, das hänge wiederum von der inhaltlichen Ausrichtung des Programms ab. Darüber müssten sich die Fachausschüsse einigen.

Herr Schmidtke-Mönkediek befürwortete die Vorlage, seine Fraktion halte sie für inhaltlich sinnvoll und werde zustimmen. Die personellen Auswirkungen seien deutlich dargestellt.

Herr Spieß bat Herrn Hagedorn, kurz auf die Eingruppierungsfragen einzugehen. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen, dem APOD könne man die Vorlage zur Kenntnis geben. Die Behandlung im APOD sei der dortigen Vorsitzenden überlassen.

Herr Hagedorn führte aus, dass in der Vorlage Ausführungen zur Stellendotierung enthalten seien. Die Aufgaben seien sehr komplex und anspruchsvoll. Es brauche allerdings Zeit, bis sich das Projekt entwickeln kann.

Frau Dr. Tautorat äußerte den Wunsch, die Vorlage im Schulausschuss zu empfehlen und das Ergebnis dem Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung **für die morgige Sitzung zur Kenntnis zu geben.**

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Dortmund mehrheitlich mit 13 Ja (SPD, B'90/Die Grünen, FDP/Bürgerliste, DIE PARTEI), 1 Nein (AfD) und 7 Enthaltungen (CDU, DIE LINKE+), folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

- a) die Entwicklung von zwei Modellstandorten „Kindercampus“ sowie die Einrichtung der dazu erforderlichen und bis 08/2026 befristeten 3,0 (vzv.) Planstellen im Fachbereich Schule,
- b) den sukzessiven Aufbau einer „Servicestelle Bildungspartnerschaften“ im Fachbereich Schule zur Unterstützung der Qualitätsentwicklung und –sicherung in Dortmunder Bildungsinstitutionen,
- c) die dargestellten Beträge im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 ff. zu berücksichtigen.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 23.06.2022

Gremium:	Sitzungsdatum:	Sitzungsart:
Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie	22.06.2022	öffentlich

zu TOP 3.4

Entwicklung von zwei Modellstandorten "Kindercampus" und Entwicklung einer "Servicestelle Bildungspartnerschaften"

Empfehlung/ Vorlage wurde bereits zur Sitzung 11.05.2022 verschickt.
(Drucksache Nr.: 24046-22)

Dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie liegt folgende Empfehlung des Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung aus der öffentlichen Sitzung vom 02.02.2022 vor:

....Dem Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung liegt folgende Überweisung aus dem Schulausschuss aus seiner Sitzung vom 01.06.2022 vor:

zu TOP 2.6

Entwicklung von zwei Modellstandorten "Kindercampus" und Entwicklung einer "Servicestelle Bildungspartnerschaften"

(Vorlage lag bereits zur Sitzung am 04.05.2022 vor.)

Empfehlung

(Drucksache Nr.: 24046-22)

Frau Dr. Goll erklärte, der AKJF habe die Vorlage vor der Ratssitzung geschoben, um die Frage der Stellenbewertung und Eingruppierung zu klären. Nun werde die Vorlage im AKJF und Schulausschuss wieder behandelt, nur der für die o. g. Fragestellung zuständige APOD sei nicht berücksichtigt. Sie bat darum, die Vorlage in die morgige Sitzung des APOD zur Klärung zu überweisen. Inhaltlich gehe ihre Fraktion mit der schulischen Sicht der Vorlage konform, sie werde sich jedoch bei der Abstimmung enthalten, weil die Frage der Stellendotierung nicht geklärt sei.

Herr Jansen stellte klar, dass die Vorlage heute empfohlen werden solle, um das Programm in Gang zu bringen. Die Frage der Stellenbewertung soll im zuständigen APOD geklärt werden.

*Frau Dr. Tautorat wies darauf hin, dass die Frage der Dotierung von der Qualifikation abhängt. Es gab die Diskussion über Sozialarbeiter*innen oder wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, das hänge wiederum von der inhaltlichen Ausrichtung des Programms ab. Darüber müssten sich die Fachausschüsse einigen.*

Herr Schmidtke-Mönkediek befürwortete die Vorlage, seine Fraktion halte sie für inhaltlich sinnvoll und werde zustimmen. Die personellen Auswirkungen seien deutlich dargestellt.

Herr Spieß bat Herrn Hagedorn, kurz auf die Eingruppierungsfragen einzugehen. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen, dem APOD könne man die Vorlage zur Kenntnis geben. Die Behandlung im APOD sei der dortigen Vorsitzenden überlassen.

Herr Hagedorn führte aus, dass in der Vorlage Ausführungen zur Stellendotierung enthalten seien. Die Aufgaben seien sehr komplex und anspruchsvoll. Es brauche allerdings Zeit, bis sich das Projekt entwickeln kann.

*Frau Dr. Tautorat äußerte den Wunsch, die Vorlage im Schulausschuss zu empfehlen und das Ergebnis dem Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung **für die morgige Sitzung zur Kenntnis zu geben.***

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Dortmund mehrheitlich mit 13 Ja (SPD, B'90/Die Grünen, FDP/Bürgerliste, DIE PARTEI), 1 Nein (AfD) und 7 Enthaltungen (CDU, DIE LINKE+), folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt

- a) die Entwicklung von zwei Modellstandorten „Kindercampus“ sowie die Einrichtung der dazu erforderlichen und bis 08/2026 befristeten 3,0 (vzv.) Planstellen im Fachbereich Schule,
- b) den sukzessiven Aufbau einer „Servicestelle Bildungspartnerschaften“ im Fachbereich Schule zur Unterstützung der Qualitätsentwicklung und –sicherung in Dortmunder Bildungsinstitutionen,
- c) die dargestellten Beträge im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 ff. zu berücksichtigen.

Einleitend erläutert die Vorsitzende Frau Dr. Tautorat (Die Linke +), dass die Vorlage bereits im APOD auf der Tagesordnung war und ohne Empfehlung an den Fachausschuss durchgelaufen sei. Noch einmal bekräftigt sie ihre im Schulausschuss getätigten Ausführungen darüber, dass dieses Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen sei, da die Anforderungen an die Stelleninhaber*innen und damit die Bewertung der Stellen vom Fachausschuss als Gesamtkonzept empfohlen wurden.

Rm Vogeler (CDU) entgegnet, dies anders zu sehen. Frau Goll habe gestern darum gebeten im hierfür zuständigen Personalausschuss nachzufragen, wie es zu der Bewertung der Stellen gekommen sei. Er bitte daher um eine Rückmeldung darüber bis zum Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (AKJF), um im Rat am 23.06.2022 den Beschluss fassen zu können.

Die Vorsitzende bekräftigt, dass auch die Dotierung im Schulausschuss mitbegründet worden sei und mit den Inhalten zusammenhänge.

Herr Hagedorn (FB 40) erklärt, dass er dies gestern im Schulausschuss versucht habe darzustellen und erläutert noch einmal das dahinterstehende Konzept im Zusammenhang mit den dazu erforderlichen Planstellen.

Herr Vogeler macht deutlich, dass es seiner Fraktion nicht darum gehe warum die Stellen eingerichtet werden sollen, sondern wie es zu der Höhe der Dotierung komme und bittet daher noch einmal um eine schriftliche Stellungnahme zur kommenden Sitzung des AKJF.

Rm Giebel (SPD) gibt an, sowohl Herrn Vogeler, als auch der Vorsitzenden Frau Dr. Tautorat Recht geben zu können. Die Anforderungen würden vom Schulausschuss beschrieben und das münde in einer Tätigkeitsdarstellung, die bewertet und ausgeschrieben werde. Wenn der APOD zu einem anderen Entschluss bei der Höhe der Dotierung käme, könnten die Stellen nicht ausgeschrieben werden.

StR Uhr macht auf das Bewertungsrecht aufmerksam, dass jeder Stellenbewertung zugrunde liege. Man werde die Begründung, die zur Bewertung der Stellen geführt habe gerne noch einmal aufschreiben und zur Sitzung des AKJF zur Verfügung stellen.

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung **nimmt** die Angelegenheit **zur Kenntnis** und verfährt wie von Herrn StR Uhr vorgeschlagen....

Des Weiteren liegt dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie folgende Stellungnahme der Verwaltung vom 08.06.2022 vor:

...TOP 3.4 der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 22.06.2022

Entwicklung von zwei Modellstandorten „Kindercampus“ und Entwicklung einer „Servicestelle Bildungspartnerschaften“ (Drucksache Nr.: 24046-22)

Sehr geehrte Frau Spaenhoff, sehr geehrte Damen und Herren,

die o.g. Vorlage führte bereits zu einer Befassung im Schulausschuss (04.05.2022, 01.06.2022), im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (11.05.2022) sowie im Ausschuss

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

für Personal, Organisation und Digitalisierung (28.04.2022, 02.06.2022). Eine Beschlussfassung hierzu erfolgte bisher aufgrund noch bestehender Klärungsbedarfe bezüglich der Stellenbewertung/Eingruppierung der befristet beantragten Planstellen der Projektleitung „Kindercampus“ (Entgeltgruppe 14 TVÖD-V AT/VERW) nicht. Im Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung am 02.06.2022 erfolgte der Prüfauftrag an die Verwaltung, die Bewertungskriterien der Projektleitungsstelle klar zu begründen und dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie am 22.06.2022 erneut zur Befassung vorzulegen.

Nach eingehender Prüfung der Sachlage ist folgendes festzustellen:

Die Aufgabenwahrnehmung einer fachbereichsübergreifend agierenden Projektleitung „Kindercampus“ erfordert aufgrund der vielschichtigen und umfassenden Handlungserfordernisse (Verbesserung der Chancen- und Bildungsgerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen) sowie den unterschiedlichsten Akteuren aus Bildungslandschaft und Zivilgesellschaft eine fundierte wissenschaftliche Fachexpertise.

*Zur effektiven und zielorientierten Aufgabenwahrnehmung besteht die Notwendigkeit zur Einrichtung einer befristeten Planstelle als wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in mit abgeschlossenem wissenschaftlichem Hochschulstudium (Magister/Diplom/Master of Arts) der Fachrichtung Bildungswissenschaften, Kommunikationswissenschaften, Medienpädagogik, Sozialwissenschaften oder Erziehungswissenschaften.*

*Vergleichbare Planstellen liegen mindestens im Bewertungsrahmen der Entgeltgruppe 13 Fallgruppe 1 TVÖD AT/VERWA, auf die auch diese befristete Planstelle für die vorgesehenen Aufgabenwahrnehmung auszurichten wäre (Vergleich Bewertung Fachexpertise „Programm Bildungskommunen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung“ / Drucksache Nr.: 24261-22). Die Bewertung der zwei befristeten Planstellen Campus-Manager*innen (EG 12) bleiben hiervon unberührt.....*

Frau Gövert (B'90/ Die Grünen) findet die Ausführungen von Herrn Stadtrat Uhr bezüglich der Bewertung der Projektleitungsstelle gut und **beantragte**, dass die **Bewertung der Projektleitungsstelle mit EG 13** für den Beschluss berücksichtigt wird.

Herr Barrenbrügge (CDU) erklärte, dass seine Fraktion der Vorlage mit dem mündlichen Antrag von Frau Gövert bezüglich der Bewertung der Projektleitungsstelle mit EG 13 zustimmen könne.

Der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie empfiehlt dem Rat der Stadt Dortmund einstimmig (bei 1 Enthaltung) folgenden Beschluss (unter Berücksichtigung des mündlichen Antrages s. o.) zu fassen:

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt

- d) die Entwicklung von zwei Modellstandorten „Kindercampus“ sowie die Einrichtung der dazu erforderlichen und bis 08/2026 befristeten 3,0 (vzv.) Planstellen im Fachbereich Schule,
- e) den sukzessiven Aufbau einer „Servicestelle Bildungspartnerschaften“ im Fachbereich Schule zur Unterstützung der Qualitätsentwicklung und –sicherung in Dortmunder Bildungsinstitutionen,

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

die dargestellten Beträge im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 ff. zu berücksichtigen